

## Tayfun Keltek

### Überarbeiteter Entwurf als Tischvorlage zu 6.1.

#### Resolution gegen Sexismus und Rassismus

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die Verabschiedung folgender Resolution:

#### **„Positionierung des Integrationsrates zu den Silvesterereignissen“**

Der Kölner Integrationsrat verurteilt jegliche sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Wir stellen fest, dass die Vorkommnisse in Köln einen schwerwiegenden Angriff auf die Gleichberechtigung der Frauen und eine massive Menschenrechtsverletzung darstellen, denen mit aller Konsequenz entgegenzutreten ist. Ungeachtet der Herkunft und Nationalität der Täter dürfen solche gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen in keiner Weise toleriert werden.

Wir lehnen jedwede Form von Gewalt gegen Frauen ab. Wir rufen auf nicht wegzuschauen, anderen Männern gleich welcher Herkunft, Religion oder kulturellem Hintergrund auch im persönlichen Umfeld Sexismus nicht durchgehen zu lassen. Ferner rufen wir auf sich aktiv für die Würde und den Respekt gegenüber Menschen gleich welcher sexuellen Orientierung und Identität einzusetzen!

Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass es sich bei der Tätergruppe in jener Silvesternacht durchweg um Menschen mit Migrationshintergrund handelt, die teilweise als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen waren. Insbesondere vor dem Hintergrund einer wachsenden Herausforderung der deutschen Gesellschaft aktuell mit einer sehr hohen Zahl von Flüchtlingen umzugehen, machen derartige Vorkommnisse vielen Menschen Angst bzw. verunsichern sie. Deshalb ist es besonders wichtig, dass Polizei und Justiz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Rechtsstaat zur Geltung verhelfen in dem diese Tätergruppen konsequent verfolgt und nach rechtsstaatlichen Kriterien ggf. abgeschoben werden.

Die Geschehnisse dürfen aber nicht nur unter Sicherheitsaspekten betrachtet werden, vielmehr erfordern sie auch eine integrationspolitische Analyse, da die bisherigen Integrationsmaßnahmen scheinbar nicht in allen Fällen greifen. Hier müssen alle politischen Ebenen verstärkt agieren und vor allem Mittel bereitstellen, um insbesondere der überwältigend hohen Zahl von integrationsbereiten Zuwanderern die Möglichkeit zu geben, bei uns anzukommen.

So müssen vor allem besondere Anstrengungen unternommen werden, neuzugewanderte Menschen schneller mit der deutschen Sprache und parallel mit den Spielregeln und Werten unserer Gesellschaft vertraut zu machen. Auf dieser Basis können und müssen dann Qualifizierungsangebote mit Beschäftigungsperspektiven verbunden werden, um ein Abgleiten in illegale Beschäftigung oder gar Kriminalität zu verhindern.

Mit großer Sorge beobachten wir, dass die Übergriffe in der Silvesternacht von rechten Gruppen missbraucht werden, um pauschalierend Stimmung gegen Flüchtlinge bzw. Menschen mit Migrationshintergrund zu machen. Als weltoffene und bunte Metropole werden wir nicht zulassen, dass ein Keil in unsere Stadtgesellschaft getrieben wird, Menschen in Sippenhaft genommen und Probleme kulturalisiert werden.

So ist es auch mehr als erschreckend, dass sich nun Rechte, Rucker und Türsteher in Facebook-Gruppen organisiert haben, um in der Kölner Innenstadt „auf Menschenjagd“ zu gehen“, wie bereits mehrfach geschehen.

Diese progromartigen Überfälle von Hooligans und rechten Gruppen auf

MigrantInnen verurteilen wir auf das Schärfste, da Selbstjustiz und Gewalt gegen wahllos ausgesuchte Opfer ebenso inakzeptabel sind wie sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Mädchen.

Als politische Stimme aller Kölner Bürgerinnen und Bürger, die sich der Integration und des gedeihlichen Zusammenlebens aller Menschen im Köln verpflichtet fühlen, fordert der Integrationsrat die Kölnerinnen und Kölner auf, Rassismus und Sexismus die Rote Karte zu zeigen. Gleichzeitig bittet der Kölner Integrationsrat diese in ihren bisher vorbildlichen Anstrengungen fortzufahren, das friedliche und gutnachbarschaftliche Zusammenleben aller Menschen in Köln bestmöglich zu organisieren.

An die politischen Gremien aller Ebenen richtet der Integrationsrat die Forderung, nunmehr alle Maßnahmen für eine echte und nachhaltige Integration von Neuzuwanderern in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen und mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten. Nur dann kann und wird Integration gelingen – vielleicht erwächst so aus einem tragischen Ereignis eine neue Chance, die Herausforderungen der Zukunft besser zu meistern.